

## KH Nord: Arzt hat Corona, Station bleibt aber offen.

**Im KH Nord in Wien-Floridsdorf wurde ein Chirurg positiv auf den Virus getestet. Die Abteilung bleibt nach Desinfektionsmaßnahmen aber in Betrieb.**

Da hilft auch der Energie-Ring um wohlfeile 95.000 Euro („Heute“ berichtete) nix: Wie der Krankenanstaltenverbund (KAV) gegenüber „Heute“ bestätigt, wurde vergangenen Freitag ein Chirurg positiv auf den Coronavirus getestet. Der Arzt versah bis dahin seinen Dienst im skandalgebeutelten Vorzeige-Spital.

### Kontaktpersonen wurden negativ getestet

Man habe mittels „Contact Tracing“ die Kontakte des Mediziners im Ansteckungs-Zeitraum nachverfolgt und alle betroffenen Personen umgehend getestet. Alle Tests fielen laut KAV negativ aus. Dennoch seien alle Spitals-Mitarbeiter, die im Infektionszeitraum Kontakt zu dem Chirurgen hatten, zur Sicherheit entweder in häuslicher Quarantäne bzw. würden nach Vorgaben des Gesundheitsministeriums nur mit Schutzkleidung und nach täglicher Testung weiterhin Dienst im Krankenhaus tun, so der KAV weiter.

### Betroffene Abteilung bleibt in Betrieb

In der betroffenen Station - welche wurde Seitens des KAV nicht verraten - seien „alle Maßnahmen zur Aufrechterhaltung des Betriebs getroffen worden“. Die Abteilung wurde entsprechend desinfiziert und bleibt für die Versorgung der Patienten geöffnet.

## FASSUNGSLOSIGKEIT NACH KRISENTREFFEN

### Alarm im Wiener AKH: „Wir haben einen Versorgungs-Notstand“

**„Glaubt nicht, was die Politiker sagen“, hörten Dutzende AKH-Mitarbeiter bei einem Hygiene-Krisentreffen: Es gibt zu wenig Schutzmasken, zu wenig Handschuhe für die aktuelle Coronavirus-Krise.**

„Wir fahren einem Versorgungs-Notstand entgegen“, sagte eine AKH-Mitarbeiterin in ihrer WhatsApp-Sprachnachricht, die sie nach dem Krisentreffen ausgesandt hat. Sie stand noch unter dem Eindruck der

eben gehörten Fakten: „Sofort war Unruhe unter dem Personal. Die Verantwortlichen haben versagt, sie haben viel zu spät reagiert. Im Klartext: Wir haben ganz wenige Masken im Haus“. Derzeit hätten die Mitarbeiter nur eine Schutzmaske pro Tag, aber die würden „jetzt auch ausgehen, auch in den anderen Wiener Spitälern.“

### Keine Schnelltests im AKH für Kontaktpersonen?

Die Stimmung beim medizinischen AKH-Personal war nach diesen News „sehr schlecht“, berichtete die technische Assistentin: „Uns wurde da ja einfach gesagt: ‚Ihr müßt euch selbst schützen, ihr müßt eben Abstand halten‘. Wie soll das gehen?“ Auch die Handschuhe gehen jetzt aus, hörte die Mitarbeiterin: „Das muß man sich vorstellen . . . Da stellt’s einem die Ganslhaut auf. Das AKH hätte ja die Verpflichtung, uns als Mitarbeiter zu schützen.“

Auch die Desinfektionsmittel würden bereits knapp werden, eine Herstellung im AKH selbst sei aktuell unmöglich. „Das war sehr negativ, wir sind alle ratlos, wie das weitergehen kann. Wir bekommen auch keine Coronavirus-Schnelltests, obwohl wir Kontaktpersonen sind. Die gibt’s nur für ‚Systemerhalter‘. Die Dunkelziffer an Infizierten wird bei uns im AKH schon sehr hoch sein.“ Für „die große Welle“ wurden jetzt Teams gebildet: „Hoffentlich gibt’s einen guten Plan. Ich hab mich jedenfalls furchtbar geärgert, vor allem über dieses Schönreden der Situation. Nix haben die ‚unter Kontrolle‘. Wir bekommen einfach nicht die Schutzausrüstung, die wir brauchen.“

Die Schuld für die gefährliche Misere wurde bei diesem Krisentreffen „an die politischen Entscheidungsträger“ weitergereicht, die hätten „zu spät gehandelt“. Gesundheitsstadtrat Peter Hacker (SPÖ) meinte in einer ersten Stellungnahme: „Ich sage schon seit Tagen, daß wir Nachschub aus Deutschland brauchen, das war kein Scherz. Der Wiener Krankenanstaltenverbund ist der Träger mit den meisten Reserven. Ich kann auch den Frust dieser Mitarbeiterin gut verstehen.“

### ZITAT

Im Wirtschaftsleben wird die Abneigung des Volkes gegen Viele Dinge dadurch gesteigert, daß sie mit unverständlichen Fremdwörtern bezeichnet werden. Die Dividenden und Tantiemen, das Rentabilitätsstreben, ja selbst die Generaldirektoren wären, wenn sie deutsche Bezeichnungen trügen, Vielleicht nicht ganz so unbeliebt, wie sie es jetzt sind.

## Van der Bellen: „Österreich soll Flüchtlinge aufnehmen!“

Bundespräsident Alexander van der Bellen spricht sich in der aktuellen Migrationskrise für die Aufnahme von Flüchtlingen aus. Der Ex-Grünen-Chef stimmt damit dem amtierenden Grünen-Boss Werner Kogler zu, der vor wenigen Tagen verkündete: „Wird Schaffung menschenwürdiger Bedingungen auf den griechischen Inseln nicht gelingen, sind wir dafür, Frauen und Kinder herauszuholen“.

Zudem erinnert der Bundespräsident an leer stehende Asylunterkünfte in Österreich.

Eine „Koalition der Willigen“ würde er gerne unterstützen, sagte er am Dienstag im ORF. Österreich sollte sich an der Aufnahme von Flüchtlingen beteiligen.

### Österreich sollte Flüchtlinge aufnehmen

So lange zumindest auf ersten Blick ein Asylgrund gegeben sei, sollte Österreich Flüchtlinge aufnehmen. Er erinnerte auch daran, daß viele Asylunterkünfte hierzulande wieder leerstünden. Bezüglich den Folgewirkungen der letzten Flüchtlingswelle des Jahres 2015 hielt er fest, man habe die Situation im Griff.

Daß die Meinungsverschiedenheiten zwischen ÖVP und den Grünen in diesen Fragen die Koalition belasteten, wollte Van der Bellen nicht sehen: „Lassen wir die Kirche im Dorf“.

---

## NACHAUFRUF IM NETZ

### Alarmstimmung vor „Valentins-Marsch“ auf EU-Grenze

**Hoher Besuch im heimischen Innenministerium: Bei einem Treffen zwischen Karl Nehammer und der EU-Innenkommissarin Ylva Johansson in Wien war neben unserer Asylbilanz 2019 die Flüchtlingsproblematik - wenig überraschend - Gesprächspunkt Nummer eins. Zumal gerade ein neuerlicher, organisierter Ansturm auf die Schengengrenze am Valentinstag organisiert wird.**

„...wir können die Unterdrückung nicht mehr tolerieren. Es wird ein großer Sieg der Migranten, für die Freiheit...“ – hoffnungsbringende Botschaften, mit denen Flüchtlinge in Nordmazedonien, Bosnien und Serbien seit Tagen bereits über Internetkanäle zu einem neuerlichen Protest-Ansturm auf die Schengengrenze in Ungarn am Valentinstag aufgerufen werden.

Nach den jüngsten Vorfällen inklusive Warnschüssen sind die Sicherheitsbehörden in Alarmbereitschaft. Eine prekäre Situation am Balkan, die Mittwoch beim Treffen zwischen Österreichs Innenminister Karl Nehammer und der EU-Kommissarin Ylva Johansson ein Hauptthema war. Neben dem notwendigen Ausbau der Grenzschutzbehörde Frontex.

„Wir müssen alles gegen neue Migrationskrisen tun - gerade jetzt entlang der östlichen Mittelmeerrouten. Und wir brauchen ein krisenfestes EU-Asyl- und Migrations-system. Das geht nur mit allen EU-Mitgliedstaaten“, so Nehammer.

### Weniger Asylanträge, mehr Aberkennungen

Positives gibt es in Sachen Asylbilanz 2019 zu vermelden: Die Antragszahlen sind im Vergleich zum Jahr davor von 13.746 auf 12.511 zurück gegangen. Hingegen ist die Zahl der Aberkennung von Aufenthaltsgenehmigungen (größtenteils wegen strafrechtlicher Gründe) von 5998 auf 8600 gestiegen.

Klaus Loibnegger, Kronen Zeitung

---

## Umfrage: Mehrheit glaubt, Mächtige werden von Justiz geschont

Sonntagsfrage: SPÖ sackt weiter ab – hinter Grünen und FPÖ auf Platz 4.

Wie profil in seiner aktuellen Ausgabe berichtet, hat die Justiz starken Rückhalt in der Bevölkerung: 67% der Befragten vertrauen dem österreichischen Rechtssystem „sehr“ oder „eher“, nur 28% sind skeptisch.

Laut der vom Meinungsforschungsinstitut Unique research für profil durchgeführten Umfrage glauben allerdings 71% der Österreicher, daß einflussreiche Personen aus Politik und Wirtschaft von der Justiz geschont werden.

### SPÖ nur mehr auf Platz vier

In der monatlichen profil-Sonntagsfrage sackt die SPÖ weiter ab und liegt mit nur mehr 15% auf Platz vier. Die ÖVP rangiert unverändert bei 38%, dahinter liegen die Grünen mit 17% und die FPÖ mit 16%. Die NEOS stagnieren bei 10%.

Leichte Einbußen muß Sebastian Kurz (ÖVP) in der Kanzlerfrage hinnehmen. Mit 37 % (minus zwei Prozentpunkte) liegt er aber weiter klar vor Norbert Hofer (FPÖ) mit 13%, Werner Kogler (Grüne) mit 10 %, Pamela Rendi-Wagner (SPÖ) mit 8% und Beate Meinel-Reisinger (NEOS) mit 6%.

---

## Wien: ÖVP drängt bei Sozialhilfe auf Verschärfungen

Im Moment gelten die Wiener Regelungen mit teils höheren finanziellen Zuwendungen weiter. Die Türkisen werfen der rot-grünen Stadtregierung Versäumnisse vor.

Mehr Kontrollen; schärfere Sanktionen; Ausschluß von Nicht-Österreichern, die kürzer als fünf Jahre legal im Land leben; Stopp für gleichzeitige Auszahlung von Mindestsicherung und Wohnbeihilfe: Das sind Wünsche der Wiener ÖVP zur Sozialhilfe.

Die Türkisen fordern die Stadt auf, das Bundesgesetz zur Sozialhilfe umzusetzen. Dies hätte mit 1. Jänner passieren sollen, so der nicht amts-führende Stadtrat Markus Wölbitsch am Dienstag. Im Moment gelten die Wiener Regelungen mit teils höheren finanziellen Zuwendungen weiter. Daran stößt sich die Wiener ÖVP. Wölbitsch: „Wir wollen

mehr Gerechtigkeit.“ Daß ein Mindestsicherungsbezieher mit drei Kindern am Ende finanziell besser dastehe als ein arbeitender Familienvater mit der selben Kinderanzahl stelle eine „Schieflage“ dar. Auch solle der „Zuzug ins Wiener Sozialsystem“ beendet werden.

---

---

### **Wirte-Chef: „Sima will mich mundtot klagen“**

#### **Wegen majestätsbeleidigender Kritik an Ulli Sima wird ein Ehrenamtlicher geklagt.**

Wenn dieser Prozeß von Klage-Stadträtin Ulli Sima gewonnen wird, ist ab sofort jede politische Kritik verboten: „Sima will mich mit einem horrenden Streitwert von 35.000 Euro mundtot klagen, weil ich kurz vor Start des Rauchverbots - rein sachlich, ohne jede persönliche Beleidigung - kritisiert habe, daß die angekündigten Kontrollen in der Halloween-Nacht wegen der aufgeheizten Partystimmung gefährlich für MA-Beamte werden könnten. Daraufhin erhielt ich diese unglaubliche Klage. Wenn das jedem Ehrenamtlichen droht, hört sich jede Kritik auf“, erklärte der Obmann der Gastro-Sparte in der Wiener Wirtschaftskammer, Peter Dobcak, gegenüber ÖSTERREICH.

Sima torpediert Ludwig. Ein SP-Insider ist empört: „Damit torpediert Sima massiv den Kurs von Michael Ludwig, der auf intensive Zusammenarbeit mit den Sozialpartnern setzt, während sie diese klagt.“ Daß knapp vor der WK-Wahl jetzt auch FP-Wirtesprecher Dietmar Schwingenschrot von der Stadträtin geklagt wurde, zeigt, wie blank die Nerven Simas mittlerweile liegen.

---

---

### **Viktor Orbán zur neuen Migrationswelle: „Es handelt sich um eine organisierte Invasion“**

**Ministerpräsident Viktor Orbán hatte seinen Amtskollegen Peter Pellegrini, Ministerpräsident der Slowakei, gestern zur Inspektion der ungarischen Südgrenze eingeladen. Als Grund benannte Orbán die neuerlich angestiegene Zahl illegaler Grenzübertritte. Dabei kritisierte er die ungenaue Berichterstattung westlicher Medien.**

*Laut Orbán seien 95 Prozent der Migranten an der ungarischen Grenze „Männer im Militäralter“. Wie das Portal Ungarn heute berichtet, hätten nach Aussage Orbáns in diesem Jahr mehr als 5.000 Migranten eine illegale Einreise versucht. Auch organisierte Migranten seien zur Grenze gekommen. Derzeit wären circa 100.000 Migranten via Balkanroute auf dem Weg nach Europa. Wenn Ungarn sie durchließe, kämen sie bis zur Grenze der Slowakei.*

*Orbán ist überzeugt, daß die Massenmigration organisiert sei und von NGOs unterstützt werde. Die NGOs würden über hohe Finanz- und Logistik-Kapazität verfügen. Orbán: „Das ist in Europa*

*verboten, aber es handelt sich um eine organisierte Invasion.“ Brüssel werde Ungarn „keinen Cent geben, um den Zaun zu finanzieren, weil wir auf der falschen Liste stehen“. Sein Land habe den ersten Grenzzaun errichtet, „also sind wir die Hauptschuldigen“.*

*Orbán bedankte sich bei Pellegrini für die Unterstützung und bekundete, er und sein Amtskollege hätten ihr Abkommen verstärkt, wonach die Slowakei bereit sei, Ungarn im Falle eines ansteigenden Migrationsdrucks wieder zu helfen.*

---

---

### **Zadic-Pilnacek-Weisungskette stimmt Einstellung des „Schredder-Verfahrens“ zu**

Die „Message-Control“ von ÖVP-Bundeskanzler Sebastian Kurz und seiner EU-und Verfassungs-Kanzleramtsministerin Karoline Edtstadler gegenüber der österreichischen Justiz scheint zu funktionieren. Nutznießer könnte der als „Bundeskanzleramts-Schredder“ bekannt gewordene Arno M. sein. Nach der von Kurz und seiner ÖVP ins Rollen gebrachten Justizschelte und der Offenlegung „roter Netzwerke“ bis ins Jahr 1997 zurück, muß man davon ausgehen, daß das System Kurz endlich auch bei Staatsanwaltschaften und Gerichten funktioniert.

Jetzt hat mutmaßlich eine Weisungskette, die von der Staatsanwaltschaft Wien über die Oberstaatsanwaltschaft bis ins Justizministerium und somit in den Einflußbereich von Sektionschef Christian Pilnacek und Justizministerin Alma Zadic reicht, eine Einstellung der strafrechtlichen Ermittlungen gegen Arno M. befürwortet.

#### **Einfluß aktueller politischer Vorgaben ausgeschlossen?**

Besonders interessant ist, daß aus der Justiz mit dem Verweis auf die Weisungskette jeder Einfluß aktueller politischer Vorgaben auf dieses Strafverfahren ausgeschlossen wurde. Dabei soll laut Tageszeitung Standard ausgerechnet Kurz-Propaganda-Chef Gerald Fleischmann nach einer Justizschelte des Kanzlers in der ZiB 2 am 10. Februar getwittert haben: „Für Arno.“ Reichlich hilflos zur ganzen Justiz-Causa scheint Neo-Ministerin Zadic zu sein, bei der insbesondere noch *ihre Vergangenheit als Anwältin von öffentlichem Interesse sein könnte.*

---

---

### **„Asyl“: Ja/Nein – SPÖ im Richtungsstreit**

Nicht nur in der türkis-grünen Bundesregierung herrscht ein Streit um die Aufnahme sogenannter Flüchtlinge, sondern auch in der SPÖ. Parteichefin Joy Pamela Rendi-Wagner und Kärntens Landeshauptmann Peter Kaiser sprachen sich dafür aus. „Einzelhilfe für Menschen in Not“, insbesondere für Kinder und unbegleitete Minderjährige, müsse auch in Österreich möglich sein, sagte Rendi-Wagner. Innerhalb der roten Wählerschaft befinden sich Rendi-Wagner und Kaiser in der Minderheit. In einer vom Magazin „profil“ veröffentlichten Umfrage sprachen sich 52 Prozent der SPÖ-Anhänger gegen die Aufnahme sogenannter Flüchtlinge aus. Und insgesamt fallen 61 Prozent der Österreicher nicht auf die gutmenschliche Tränen- drüsen-Propaganda herein und sind gegen die Aufnahme von „Flüchtlingen“.

# **Gemeinderat hat Okto-TV auf dem Programm**

*Im Wiener Rathaus findet heute die nächste Sitzung der Gemeinderätlichen Untersuchungskommission zu parteinahen Vereinen statt. Heute steht der Wiener Kabelsender Okto-TV bzw. die Kritik der Opposition daran auf der Tagesordnung.*

Die Wiener Oppositionsparteien kritisierten etwa die hohe Förderung des Kabelsenders. Der TV-Sender Okto-TV wurde vor 15 Jahren als nichtkommerzieller Sender gegründet und wird mit Fördergeldern der Stadt Wien finanziert. Die Oppositionsparteien kritisieren mehrere Punkte: Zum einen steht der Verdacht im Raum, daß der Geschäftsführer Fördergelder umgeleitet haben soll. Das hat dieser umgehend dementiert. Zum anderen sollen zu hohe Rücklagen gebildet worden sein. Außerdem soll es doppelte Zahlungen an Mitarbeiter gegeben haben.

Die unübersichtlichen und komplexen Entwicklungen haben auch den Wiener Magistrat auf den Plan gerufen. Es ist ein Wirtschaftsprüfer eingeschaltet worden. Innerhalb des Magistrats hat es Verschiebungen bei der Zuständigkeit gegeben. Weiters gibt es – zumindest nach Medienberichten – Rückzahlungsforderungen an Okto-TV. Alles Punkte, die die Gemeinderätliche Untersuchungskommission prüfen will.

## **FPÖ und ÖVP verlangen mehr Transparenz**

Hintergrund ist eine Anzeige der FPÖ. Die Vorwürfe richten sich gegen Okto-TV-Geschäftsführer Christian Jungwirth. Er soll laut FPÖ mit einem eigenen Unternehmen Förderungen abgeschöpft haben. Das Rathaus soll die Rückzahlung von 620.000 Euro gefordert haben. Laut FPÖ-Klubobmann Toni Mahdalik hat der Magistrat den Skandal nicht öffentlich gemacht, sondern „offenbar beschlossen“, zur Schadenswiedergutmachung einfach die Förderung für 2018 in Höhe von 500.000 Euro einzubehalten. Besonders auffällig ist laut FPÖ auch, daß der Förderakt nach den „Aufdeckungen“ der Magistratsabteilung (MA) 13 entzogen worden sei und nun bei der Magistratsabteilung 5 (Finanzwesen) liege.

Auch die Wiener ÖVP fordert eine rasche Aufklärung der „zahlreichen Ungereimtheiten und Widersprüche bei der Fördervergabe und Fördernutzung bei Okto-TV“. Klubobfrau Elisabeth Olischar will zudem mehr Transparenz bei allen Förderverträgen. Aus mehreren Schreiben der MA 13 an die Community TV-GmbH, den Betreiber von Okto TV, gehe hervor, daß eine Endabrechnung für die Jahre 2015 bis 2017 nicht möglich war. Unterlagen seien nur teilweise und unvollständig übermittelt worden.

## **Okto-TV-Chef weist Vorwürfe zurück**

Der Geschäftsführer des Senders versicherte, daß die Vorwürfe nicht zutreffen würden. „Es werden auch verschiedene Dinge durcheinandergemischt“, sagte er. Der Wechsel von einer Magistratsabteilung zur anderen sei rein sachlich begründet gewesen. Im Zuge des Wechsels ist es laut Jungwirth zu unterschiedlichen Einschätzungen in Sachen Eigenkapitalausstattung gekommen. Der MA 13 sei diese zu hoch erschienen, Okto selbst habe da andere Vorstellungen. Letztendlich habe man sich aber in Gesprächen mit der Stadt geeinigt, auf eine Fördertranche zu verzichten.

Daß er Förderungen abgeschöpft habe, sei ebenfalls falsch. Vielmehr habe er als Geschäftsführer eine Erfolgsbeteiligung erhalten. Er stehe auch dem Tochterunternehmen vor, in dem das Anlagevermögen, also die Technik, verwaltet werde. Dieses sei auch für Dritte tätig geworden, einen Teil der Erlöse habe er als Beteiligung erhalten – durchschnittlich 284 Euro pro Monat, rechnete er vor. Um Subventionen habe es sich dabei nicht gehandelt.

## **Sendebetrieb seit 2005**

Als erstes Community-Fernsehen Österreichs nahm Okto am 28. November 2005 seinen Sendebetrieb auf. Es stellt Know-how und technische Infrastruktur für Menschen und Communitys bereit, die ihre Themen ins Fernsehen bringen wollen. Daneben gibt es medienpädagogische Angebote, Führungen und Workshops. Ermöglicht werden die Aktivitäten des Senders nach eigenen Angaben durch Subventionen der Stadt Wien (MA 13, Bildung und Jugend) sowie durch Mittel des Fonds zur Förderung des nichtkommerziellen Rundfunks der Rundfunk und Telekom Regulierungs-GmbH (RTR-GmbH).

---

---

### **Lesen Sie auch *KOMMENTARE ZUM ZEITGESCHEHEN***

Probeexemplare der KOMMENTARE erhalten Sie unter der Adresse:

A 1171 Wien, Postfach 543. Helfen Sie uns bei der Verbreitung unserer Zeitungen und Flugschriften!

---

**Wiener Beobachter, Folge 272** - Herausgeber: AFP, Arbeitskreise W, NÖ, B.  
Medieninhaber: Manfred Hubral, alle einschließlich Redaktion: Krauseg. 14, 1110 Wien;  
e-Post: [wienbeobachter@mail.ru](mailto:wienbeobachter@mail.ru), Internetz: [www.volksherrschaft.info](http://www.volksherrschaft.info)  
Blattlinie: Der **Wiener Beobachter** tritt für die Verwirklichung der Grund- und  
Freiheitsrechte aller Völker ein. \* Erscheinungsort: Wien \*